

Dresdner Neueste Nachrichten

Abgabepreise: Die 26 mm breite Seite kostet 0,30 Reichsmark, für auswärts 0,35 Reichsmark. Die Abgabe gilt an Schluß an redaktionellen Text, 19 mm breit, kostet 1,50 Reichsmark für auswärts 2,00 Reichsmark. — Die Preisgebühr für Zustellung beträgt 0,10 Reichsmark. — Für Briefkasten, an bestimmten Tagen und Wochen kann eine Gebühr nicht übernommen werden.

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Verkaufspreis: Für den halben Monat **1 R.-Mark**, bei reiner Bestellung durch Posten monatlich für 12 Monate 12 R.-Mark, für 6 Monate 6 R.-Mark, für 3 Monate 3 R.-Mark. Einzelnummer 10 R.-Pfennig.

Redaktion Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-N., Ferdinandstr. 4 • Fernruf: 2 0 0 2 4, 2 7 9 5 1, 2 7 9 5 2, 2 7 9 5 3. • Telegramme: Neueste Dresden • Postfach Dresden 2060
Abgerufene Anzeigen (ohne Rückporto) werden ohne Rücksicht nach außen abgezogen. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsere Bezüge keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Betrages.

Nr 60

Sonntag, 12. März 1927

XXXV. Jahrg.

Neue Schwierigkeiten in Genf

Bisher keine Einigung in der Saarfrage — Deutschland in Gefahr, überstimmt zu werden — Einigung über den vorläufigen Finanzausgleich — Beginn des Fememord-Prozesses Wilms

Unruhe im Baltikum

Deutschland und die polnisch-litauischen Verhandlungen

Telegramm unseres Korrespondenten
Rf. London, 11. März

Über die jüngsten diplomatischen Vorgänge in den Handlungen werden jetzt sehr interessante Einzelheiten bekannt, die naturgemäß mit gewissen Vorbehalten anzunehmen sind. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ schildert auf Grund besonderer Informationen die wichtigsten diplomatischen Verhandlungen, die förmlich zwischen Polen und Litauen stattgefunden haben. Die Tatsache solcher Verhandlungen ist bekanntlich bereits bekannt worden. Demgegenüber stellt der Korrespondent fest: Die Außenminister von Warschau und Romno waren mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung in den beiden Ländern gezwungen, ihre Ansichten durch die ausgedehnten privaten Kanäle auszutauschen, jedoch sind die Unterhaltungen bereits zu weit fortgeschritten, daß Memoranden zwischen den beiden Regierungen ausgetauscht werden. Das polnische Memorandum enthält die Vorschläge über förmliche und wirtschaftliche Probleme, ohne jedoch einen Hinweis auf die Warschauer Frage zu machen. Das litauische Memorandum erklärt jedoch, daß ohne eine Regelung der Warschauer Frage normale Beziehungen zwischen Romno und Warschau nicht möglich seien.

In diesem Stadium der Verhandlungen soll sich nun angeschlossen, wie das gleiche Blatt berichtet, ein interessanter Zwischenfall abgespielt haben. Die deutsche Regierung, die von den Verhandlungen Kenntnis erhalten hatte, soll interveniert und beiden Regierungen zu verstehen gegeben haben, Deutschland habe die Erwartung, daß es nicht über den Verlauf der Verhandlungen unterrichtet werde, da die Beziehungen zwischen Litauen und Polen für das Reich von besonderer Wichtigkeit seien. Eine Bekämpfung dieser Meldung bleibt zunächst abzuwarten.

Wie die „Times“ berichten, sind auch die Verhandlungen zwischen Sowjetrußland und Lettland jetzt in ein entscheidendes Stadium getreten. Ein politischer Vertrag, der in den letzten Wochen angesetzt wurde, ist nunmehr so weit fortgeschritten, daß er den Regierungen in Riga und Moskau zur Bekämpfung vorgelegt werden soll. Der Vertrag gliedert sich in zwei Teile. Der erste behandelt einen politischen-militärischen Defensivvertrag, und der zweite die Methoden der Regelung von Konflikten durch ein Schiedsgericht. Über diesen zweiten Teil bestehen noch gewisse Differenzen.

Baltisches Locarno?

Vorschläge des lettischen Außenministers

x Riga, 11. März

Minister des Äußeren Zielens erklärte bei einem Pressenapung über die Verhandlung Lettlands mit der Sowjetunion: Der Nichtangriffsvertrag wird folgende Bestimmungen enthalten:

1. Beide Teile verpflichten sich, Neutralität zu wahren falls einer der beiden Vertragschließenden von einer dritten Macht angegriffen wird.
2. Beide Teile verpflichten sich, an keiner Koalition teilzunehmen, die gegen die politische Unabhängigkeit und territoriale Unverletzlichkeit des anderen gerichtet ist oder einen wirtschaftlichen Beziehungsweg zwischen ihnen stellen könnte.

Eine Einigung ist noch nicht erzielt hinsichtlich der Formulierung der Frage der Rechte und Pflichten Lettlands gegen den Völkerbund, in dem Lettland loyal und wirksam mitarbeiten möchte.

Der Minister schlug ferner vor, zur politischen Stabilisierung und Garantieung des Friedens einen Pakt über die Ausbreitung der politischen Lage an der Küste des baltischen Meeres zwischen Finnland, Estland, Lettland und Litauen einerseits und Deutschland, England, Frankreich und der Sowjetunion andererseits abzuschließen. Zielens fügte hinzu: Lettland wird sein Möglichstes tun, um den Frieden zu erhalten und allem fern zu bleiben, was das Land in Streitigkeiten und Gegensätze zu anderen Staaten erbringen könnte. Diese Friedenspolitik ist die beste Politik zur Sicherung der lettischen Unabhängigkeit.

Nuklose nächtliche Debatte

Ein merkwürdiger Sozialist

Telegramm unseres nach Genf entsandten Korrespondenten

Genf, 11. März

Die Ratstagung verlief bisher ohne Zwischenfälle und entwickelte sich ziemlich ruhig. Das kam daher, daß die Erörterung der schwierigen Frage, der Mäntelung des Saargebietes durch die französischen Truppen, hinauszugeschieben wurde. Die französische Delegation beschäftigte sich gestern Abend mit den deutschen Gegenentwürfen, die, wie ich glaube, dahin lauten, daß 200 Mann, unter der Bezeichnung „Fremdenlegion“ und unter dem Befehl der Saarregierung stehen, in Zukunft den Bahnverkehr übernehmen sollen. Die französische Delegation steht jetzt unter dem Einfluß der maßgebenden Pariser Militärs. Briand, der sich auch gestern Abend nicht abgebeugt zeigte, den deutschen Vorschlag als Verhandlungsgrundlage zu akzeptieren, wurde von Paul-Boncour und Wolfsthal dazu bestimmt, auf der ursprünglichen Forderung, d. h. auf dem bekannten Kommandoentscheid, zu bestehen, wonach 800 Mann französischer Soldaten in einer internationalen Uniform für den Bahnverkehr im Saargebiet bleiben sollen. Dieser Vorschlag wurde aus prinzipiellen Gründen von der deutschen Delegation abgelehnt.

Die Differenz ist also sehr ernstes Natur und beweist, daß auf französischer Seite mit Hilfe der Saarregierung, in der Frankreich die Mehrheit besitzt, abermals der Versuch gemacht wird, die Besetzung des Saargebietes unter anderer Flagge fortzuführen zu lassen. Für die deutschen Sozialisten dürfte es von Interesse sein, daß Paul-Boncour, Mitglied der französischen Sozialistischen Partei, sich auf der Seite des Generalrats befindet und gestern Abend gegen Briand die entgegengesetzte Abklärung die schärfste Opposition trieb. Über den Ausgang des Streits läßt sich folgendes sagen: Entweder kommt die Frage vor eine Geheimkommission des Rates oder direkt vor die öffentliche Sitzung. Im ersten Fall wird man ein Kompromiß suchen. Im zweiten wird einfach abgelehnt.

Ich hatte mit Paul-Boncour eine längere Aussprache über diese Frage. Er sagte mir folgendes: „Die französischen Bahndienstmannschaften können nicht unter französisches Kommando, sondern würden der Saarregierung unterstellt werden. Es ist unmöglich, fremde Wächter aufzustellen. Dieser Schutz ist notwendig, solange wir im Rheinland sind.“

Chamberlain als Vermittler?

Die gefährlichen Dezenterschlüsse

Telegramm unseres nach Genf entsandten Korrespondenten

Genf, 11. März

Um die Annahemehrung der Bahnwächtertruppen im Saargebiet und französischen Soldaten durchzuführen, verweisen die Delegierten Frankreichs auf

Deutschland Vermittler zwischen Genf und Moskau?

Noch eine Aufforderung an Stresemann

Telegramm unseres nach Genf entsandten Korrespondenten

Genf, 11. März

Der belgische Delegierte de Brouckere kam in einer Unterredung mit Journalisten auf das russische Problem zu sprechen und machte einige sehr interessante Bemerkungen, die in engem Zusammenhang mit der gestern von uns gemeldeten Nachricht der „Dépêche de Toulouse“ stehen. Brouckere erklärte, daß von einer antinationalen Politik Europas nicht die Rede sein könne. Vielmehr müsse alles getan werden, um Rußland entgegen für die Beteiligung an der Abrüstungskonferenz zu gewinnen, oder es müßte Verhandlungen angebahnt werden, um Moskau Annäherung an den Völkerbund zu erreichen. Dr. Stresemann wäre nach der Meinung de Brouckeres der geeignete Staatsmann, um eine solche Entspannungspolitik mit Rußland in die Wege zu leiten.

die Vorschläge, die angeblich Dr. Gauh im Dezember seinem französischen Kollegen Francoulet gemacht habe. In einem Memorandum soll damals Gauh vorzuschlagen haben, daß 800 französische Soldaten, mit Krimbinden versehen, nach der Mäntelung des Saargebietes im Saargebiet übernehmbar sollten. Anlaß des Widerstandes der Saardelegation waren diese Vorschläge, nach denen man die Verhandlungen ab und verlor die Debatte auf die Ratsoberkommission im März. Inzwischen hat auch der deutsche Jurist die Fortsetzung der Besprechungen auf Grund der Tagesberichterstattung auf, und es wurden neue deutsche Vorschläge ausgearbeitet. Die französische Delegation bemüht nunmehr aus tatsächlichen Gründen die im Dezember erfolgten deutschen Anregungen, um zu zeigen, daß die französische Forderung eigentlich nichts anderes sei, als die Annahme der von dem deutschen Juristen empfohlenen Vorschläge. Es soll nicht unterlassen werden, daß die letzte Debatte über die Bahnwächterfrage durch die Tagesberichterstattung nicht unbeträchtlich erleichtert wird.

Die nächtlichen Verhandlungen innerhalb der französischen Delegation führten eine Annäherung an den deutschen Standpunkt nicht herbei. Möglicherweise wird eine Verminderung der Mannschäftzahl angebahnt werden, aber an der Grundforderung, daß französische Soldaten als Bahnwächter eingesetzt werden müssen, hielten die Franzosen nach wie vor fest. Die aus dem Saargebiet hier eintreffenden Berichte gingen sehr alarmierend. Man scheint dort eine große Protestaktion gegen den drohenden Verlust des Saargebietes vorzubereiten, der den französischen Rechtsanspruch auf die völlige Zurückziehung der französischen Truppen gipfeln lassen wird. Die hiesige Saardelegation hat daher einen äußerst schweren Stand.

Ansehts dieser Situation ist es noch zweifelhaft, ob es Briand bei seiner heutigen Besprechung mit Stresemann gelingen wird, einen Modus zu finden, der die Verhandlungen in der Saarfrage für beide Teile tragbar machen könnte. Der französische Außenminister wird wahrscheinlich vorschlagen, Chamberlain die Vermittlung anzubieten. Das bliebe in letzter Stunde vielleicht nach der einstigen Aussage, um eine Demütigung Deutschlands in einer öffentlichen Sitzung zu verhüten. Auch die oberste Schlichtung wird im Laufe der heutigen Tages gestillt werden müssen, um am morgigen letzten Tage der Ratsoberkommission öffentlich erledigt zu werden. Die bisherigen Vorschläge des Dreibereits sind jedoch nicht die Zustimmung der deutschen Saarverwaltungen.

Birk stellt sich den Behörden

Genf, 11. März. Der frühere Gesandte Estlands in Moskau, Birk, der in den vergangenen Jahren ohne Ermächtigung seinen Posten verließen hatte, in den Dienst der Sowjets eingetreten war, und in der „Jornetta“ belästigende Artikel gegen die estländische Regierung veröffentlichte, erklärte heute freiwillig in Begleitung des Gesandtschaftsrats der estländischen Gesandtschaft in Moskau an Rußland zurück. Nach seiner Ankunft auf estländischem Boden wurde er von den Behörden für verhaftet erklärt. Birk hatte sich am 4. März in der norwegischen Gesandtschaft in Moskau eingefunden und um Aufnahme gebeten, da, wie er behauptete, Beamte der Gpu ihn verhafteten. Von dort aus schrieb er an die estländische Gesandtschaft und bat um Schutz; die Sowjetbehörden erhoben jedoch gegen seine Abreise keinerlei Widerspruch.

Dr. Abner in Canada

Man erinnert sich, daß der gewerkschaftliche Finanzminister Dr. Abner, der in der Anwesenheit von Parteiführern ein in den Staat schickende Rolle spielte, im September v. J. nach Cuba auswanderte. Nun erklärt der österreichische Generalkonsul in Havana, Herr Pöschner, daß Abner, der sich in Havana gesellschaftlich umgibt, nach Canada ausgewandert sei, um sich dort eine Existenz zu suchen.

Das alte Balkanlied

Von unserm Korrespondenten

Sofia, Anfang März

Vergangene Woche hielt der Verband der mazedonischen Emigration in Bulgarien seinen fünften Kongress in Sofia ab. Das mazedonische Element in diesem Lande, auch vor dem Kriege sehr zahlreich und von großem Einfluß, hat durch den Massenabzug von Flüchtlingen aus Mazedonien und Thrazien einen sehr starken Zuwachs erfahren. Nach den Gegenden und Ortschaften ihrer eigentlichen Heimat zu sogenannten „Bruderschaften“ organisiert, zu einem mächtigen Verband vereinigt, bilden sie eine „legale“ Körperschaft zum Unterschiebe von der legendären mazedonischen Inneren Revolutionären Organisation, die in Bulgarien gesetzlich verboten ist. Diese ist überall und nirgend, sie hat in Mazedonien selbst ihren Sitz und ein dichtes Netz von Zweigstellen und lokalen Organisationen, bleibt aber trotzdem unsichtbar, unsicher, ein grauenvolles Phantom. Ein und wieder gibt sie ein schreckendes Lebenszeichen von sich durch irgendwelchen Terrorismus im Namen von Mazedonien oder durch die Verkündung eines von ihrem Kommando gefällten „Todesurteils“. Bis an das Ende der Welt folgen ihre Erzeugnisse den armen Sündern, für die es kein Entweichen gibt; mit absoluter Sicherheit bringen sie sie zur Strecke. Die „legale“ mazedonische Organisation mit den „Revolutionären“ in Verbindung steht, von diesen inspiriert und kommandiert wird, läßt sich schwer mit Bestimmtheit sagen. Anschuldigungen, daß würden die Revolutionären von verantwortlicher bulgarischer Stelle im Stillen geduldet und gefördert, wurden immer von neuem erhoben, aber unsere Wissen durch Tatsachen nie bewiesen. Auch vergangene Woche, beim Kongress, wollte mancher das Oberhaupt, General Protogeroff, in Sofia gesehen haben. Gegen frühere mazedonische Rundgebungen schmehte sich dieser Kongress durch mehr Sachlichkeit und größere Würdigung im Ton vorzuziehen, als die früheren waren die Anklagen und Beschläge gegen Serbien und Griechenland. Diesen beiden Staaten, die den größeren Teil von Mazedonien in ihrer Gewalt haben, den Völkern, den Regierungen der Welt und der breiten Öffentlichkeit in der ganzen Welt wollte der Kongress abermals zu Gemüte führen, daß das mazedonische Problem mit dem Verträge von Neuilly durchaus noch nicht gelöst und erledigt sei.

In Zusammenhang damit und ohne derartige Rundgebungen und ihre Emulationen zu überschätzen, muß darauf hingewiesen werden, daß gerade in diesen Tagen das Schlagwort von einem „interbalkanischen Locarno“ und ganz besonders von einer Annäherung zwischen Jugoslawen und Bulgaren wieder sehr lebhaft erörtert wird. Als im Sommer 1925 der damalige griechische Außenminister Nikolis diesen Aufwurf verurteilte, fand er am Balkan selbst nur schwachen Widerstand. Belgrad war damals direkt dagegen, von Bulgarein kam eine lautmächtige Zustimmung mit vielen Wenn und Aber, und in Sofia war man mündelnd. Damit wurde es nicht anders, als später Chamberlain und Briand dieses Wort bald öfter wiederholten. Als dann Bensch, der Schöpfer der kleinen Entente, sich gleichfalls skeptisch und ablehnend darüber äußerte, wurde die griechische Anregung beseitigt. Dann folgten hintereinander mehrere Grenzangewissfälle und Mordtaten in Mazedonien und der Dobrußa, der tolle militärische Einsatz des Panoslos auf bulgarisches Gebiet bei Petritsch und im August vorigen Jahres die jugoslawisch-serbisch-griechische Kollektivnote an Bulgarien. Das wirkte wie Keil auf einen Keil, kaum noch Vorzeichen. Von einem „Balkanlocarno“ war nur noch in Wahnträumen zu sehen.

Inzwischen ist jedoch Nikola Paschitsch gestorben, den die Bulgaren für ihren unerlösten serbischen Gegner hielten, und Mussolini hat mit dem italienisch-serbischen Vertrag von Tirana einen Klammfuß abgeworfen, der besonders in Belgrad schmerzhaft und demernd widerhallte. Damit wurde die Diskussion über einen Aufschluß der Balkanstaaten wieder lebendig, und sie fällt nunmehr die Spalten der gesamten Presse am Balkan aus. Diesmal löst der Ruf zur Sammlung deutlich von Belgrad direkt nach Sofia herüber, und man merkt, daß Bulgarein und Wien einzuweichen noch nicht in die Kombination einbezogen werden. Das wechselseitige Vertrauen zwischen Jugoslawen, Griechen und Rumänen, das auch früher nicht festgestellt war, hat durch die Sonderverträge Mussolinis

Vermarkte...
Verschiedenes...
Ropfwachen...
Andererobe...
Udorp 14...